

Humanvermögen und Zeitpolitik

Zur Kritik familienpolitischer Konzepte in Deutschland

Von Anthea Kyere und Susanne Schultz

In den letzten Jahrzehnten gab es in Deutschland verschiedene familienpolitische Reformen zuungunsten der einkommensschwächeren oder von langfristigen Aufenthaltsrechten ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen; gleichzeitig fand ein Ausbau familienpolitischer Leistungen statt, und Familienpolitik wurde insgesamt politisch aufgewertet. Das 2007 eingeführte Elterngeld, als neben dem Ausbau von Kindertagesbetreuung zweite große Reform, führte am offensichtlichsten eine Umverteilung nach oben ein. Gegenüber dem Erziehungsgeld wurde die Auszahlung des Mindestsatzes (300 Euro) von zwei Jahren auf 12 bzw. 14 Monate gekürzt. Zudem wurden besonders sozial benachteiligte Gruppen ganz aus dieser Transferleistung ausgeschlossen: Seit 2011 wird Elterngeld auf Sozialleistungen angerechnet und damit de facto nicht mehr an Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II ausgezahlt.¹ Kaum wahrgenommen wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung, dass auch weitaus weniger Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft das Elterngeld im Vergleich zum Erziehungsgeld erhalten; die Auszahlung wurde an die Bedingung, sich »voraussichtlich dauerhaft in Deutschland« aufzuhalten,

-
- 1 Wir teilen die Kritik an geschlechtlich zuschreibender und ausschließender Sprache und verwenden die genderneutrale Schreibweise mit Sternchen. Da wo explizit Frauen* angesprochen und Männer* nur sehr selektiv in den Diskurs integriert werden, nutzen wir aber das Sternchen am Ende des Wortes (z.B. statt Akademiker*innen Akademikerinnen*). Damit weisen wir sowohl auf die geschlechtlichen Zuordnungen und Hierarchisierungen innerhalb des Diskurses hin als auch darauf, dass der familienpolitische Diskurs zwar primär an Frauen* bzw. Mütter gerichtet ist, aber dennoch auch Personen, die sich nicht in diesen Kategorien verorten (bspw. Trans- und Interpersonen), betroffen sein können.

und an die Berechtigung zur Erwerbstätigkeit geknüpft (BMFSFJ 2020: 15).² Demgegenüber erhalten Besserverdienende mit 67 Prozent ihres vorherigen Erwerbseinkommens einkommensabhängig mehr Geld; für sie (und nur für sie) verbesserte das Elterngeld die Lebensbedingungen im ersten Jahr nach einer Geburt. Im Sinne einer »exklusiven Emanzipation« ermöglichte diese Reform somit nur für in den Arbeitsmarkt integrierte und besserverdienende Frauen* finanzielle Unabhängigkeit (vgl. Farahat u.a. 2006; Schutter/Zerle-Elsässer 2012).³ Auch weitere Aspekte der Familienpolitik weisen bisher in eine klassenselektive Richtung: die kontinuierliche Aufstockung der steuerlichen Kinderfreibeträge, von denen gutgestellte Doppelverdiener*innen am meisten profitieren, die bisherige Aufrechterhaltung des Ehegattensplittings oder die bisher bestehende Blockade gegen Vorschläge für eine substantielle Kindergrundsicherung.⁴ All dies zeigt, dass sich die deutsche Familienpolitik vom Kriterium eines sozialen Ausgleichs oder von einem »wohlfahrtsstaatlichen Verteilungsdiskurs« mehr und mehr entfernt und systematisch soziale Ungleichheit verschärft sowie Armut produziert hat (BMFSFJ 2006: 22; vgl. Menke/Klammer 2017). Schließlich gehe es heute nicht mehr darum, so etwa eine einflussreiche familienpolitische Regierungsberaterin im Interview, »Arme zu betütteln« (Interview A).⁵

-
- 2 Wir verwenden einfache Anführungszeichen, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Debatte zu Bevölkerung, Geburten- und Familienpolitik zu markieren, und doppelte Anführungszeichen, wenn wir direkt aus der genannten Textquelle zitieren.
 - 3 Frauen* sind weiter mit Abstand die hauptsächlichen Bezieherinnen* des Elterngeldes. Laut Statistischem Bundesamt nahmen 2020 nur 25 Prozent aller Väter Elterngeld in Anspruch und von diesen wiederum 72 Prozent nur für die Mindestzeit von zwei Monaten (Statistisches Bundesamt 2021).
 - 4 Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Bandes ist nicht klar, welche Veränderungen hier bevorstehen: Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist eine Veränderung der Familienbesteuerung und eine Kindergrundsicherung vorgesehen; letztere ist allerdings im militarisierten Haushaltsentwurf für 2022 (Stand Mitte März 2022) nicht vorgesehen. Die Einkommensabhängigkeit des Elterngeldes steht zudem nicht infrage, sondern: »Wir werden den Basis- und Höchstbetrag beim Elterngeld dynamisieren.« (SPD u.a. 2021: 100f, 115)
 - 5 Der Text präsentiert u.a. Ergebnisse des DFG-Forschungsprojektes »Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre«. In diesem Rahmen wurden auch Interviews mit Expert*innen aus der demografischen und familienpolitischen Regierungsberatung geführt, die hier einfließen. Der Text ist eine aktualisierte Version der Erstveröffentlichung Schultz/Kyere 2020.

Anliegen dieses Textes ist es, die Frage der sozialen Ungleichheit und rassistischer Ausschlüsse in der deutschen Familienpolitik als Frage stratifizierter Reproduktionsverhältnisse zu stellen (vgl. Ginsburg/Rapp 1995). Dafür untersuchen wir zwei zentrale Konzepte der neueren Familienpolitik, nämlich ›Humanvermögen‹ und ›Zeitpolitik‹, wie sie in den Familienberichten der Bundesregierungen, in darin einfließender demografischer und familienpolitischer Expertise sowie in weiteren Regierungsdokumenten ausgeführt werden. Anschließend diskutieren wir die Ergebnisse vor dem Hintergrund der kritischen Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit (vgl. Ross 2021).

Vorweg sei einiges zum Status der Untersuchung angemerkt: Familienberichte sind zwar nicht bindend, gelten aber als Seismograf für konzeptuelle Veränderungen von Familienpolitik im erweiterten Sinne – als Konglomerat sozial-, bildungs-, steuer-, arbeitsmarkt-, migrations- und genuin familienpolitischer Maßnahmen – (vgl. Gerlach 2014). Wir befragen diese Konzepte zum einen danach, wie das selektiv-pronatalistische nationale Projekt begründet wird, und zum anderen, inwiefern verschiedene soziale Gruppen ungleich adressiert und das Kinderkriegen entlang klassenselektiver und rassistischer Linien auf- oder abgewertet wird. Die Ausrichtung von Familienpolitik, wie sie in diesen Konzepten im Sinne von Regierungsrationalitäten zum Ausdruck kommt, sollte jedoch nicht als kohärente, funktionale, ›von oben‹ initiierte Strategie missverstanden werden. Diese Konzepte sind ein (weiterhin auch unterschiedlich interpretiertes) Ergebnis gesellschaftlicher Dynamiken der Veränderung und regierungspolitischer Reaktionen auf diese Veränderungen – dies betrifft etwa Kämpfe um Zugang von Frauen* zu Erwerbsarbeit, andere Formen des Zusammenlebens jenseits der heteronormativen Kleinfamilie oder auch Veränderungen in Vorstellungen zu geschlechtlicher Arbeitsteilung. Allerdings ist es wichtig, zwischen der aktuellen Flexibilisierung von Familienleitbildern einerseits und der derzeit gesellschaftlich kaum hinterfragten Festschreibung der Funktionen von Familie andererseits zu unterscheiden und beides im Zusammenhang zu sehen. Zwar wurde Familie in den Regierungskonzepten zunehmend flexibler als »Ort, wo Kinder sind«, oder da, »wo Alltagssolidaritäten gelebt werden«, gefasst (vgl. BMFSFJ 2006: XXIV). Die Funktionen der Familie wurden aber gleichzeitig im Sinne ihrer Ökonomisierung und Demografisierung festgezurr und bestimmen, wann und für wen diese flexibilisierten Leitbilder gelten.⁶ So werden Familienleit-

6 Mit dem Begriff der Demografisierung wird eine Macht-Wissens-Anordnung analysiert, innerhalb derer soziale Problemlagen und Konflikte als ›demografische‹ gedeu-

bilder vor allem dann erweitert und flexibilisiert, wenn es um Pflichten der gegenseitigen Sorge innerhalb der Familie geht, etwa wenn in der Sozialpolitik die ›Bedarfsgemeinschaft‹ verantwortlich gemacht wird (vgl. Raab 2005; Cooper 2017). Demgegenüber wird entlang rassistischer Linien der Ausgrenzung das Familienkonzept sehr viel rigider auf die biologisch verstandene Kleinfamilie reduziert oder das familiäre Zusammenleben gleich ganz unmöglich gemacht: etwa wenn zur Familienzusammenführung via DNA-Tests die biologische Abstammung bewiesen werden muss, der Kreis der Berechtigten sehr restriktiv ausgelegt wird oder das Recht auf Familienleben mit der Aussetzung von Familienzusammenführung für Geflüchtete oder aufgrund vielfältiger bürokratischer Hürden gleich ganz verwehrt wird (vgl. Schultz 2009; Heinemann/Lemke 2013; Pro Asyl 2021).

Um uns der Frage anzunähern, wie wir durch Familienpolitik geförderte stratifizierte Reproduktion als Dimension von Frauen*armut verstehen, sei zudem etwas zum Verhältnis zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung, Klassenhierarchien sowie rassistischen Ein- und Ausschlüssen gesagt. Armut von Frauen* ist Ergebnis der Strukturen sozialer Reproduktion und geschlechtlicher Arbeitsteilung und den einhergehenden Ausschlüssen aus existenzsichernder Erwerbsarbeit. Die aktuelle Familienpolitik hat – trotz einer gewissen Öffnung zur Frage familiärer Arbeitsteilung – im Ergebnis nicht zu einer Aufhebung dieser Ungleichheit geführt, sondern eher zu einem Übergang vom Alleinernährer*- zum Zuverdienerinnen*modell (vgl. Nowak 2009). Frauen* leisten heute in Deutschland weiterhin den Großteil unbezahlter Sorgearbeit, was ein wichtiger Grund dafür ist, warum weitaus mehr Frauen* in Teilzeit und auch prekären Minijobs arbeiten als Männer* (vgl. Statistisches Bundesamt 2015; WSI 2017). Über weite Strecken verdeckt auch heute noch eine geschlechtsneutrale Rede von ›der Familie‹ oder ›den Eltern‹ in den familienpolitischen Konzepten diese Ungleichheit. Allerdings ändert sich dies allmählich, und wir können eine zunehmende familienpolitische Aufmerksamkeit für geschlechtliche Arbeitsteilung beobachten, die jedoch meist nur innerfamiliär gedacht wird und ein kleinfamiliär lebendes Paar voraussetzt, also beispielsweise die große Zahl der Alleinerziehenden ignoriert. Vor allem aber entnennt ein rein geschlechterpolitischer Fokus auf Familienpolitik

tet werden. Daran anknüpfend zielen politische Strategien darauf ab, Anpassungen an die demografische Entwicklung vorzunehmen oder die Größe und Zusammensetzung der (nationalen) Bevölkerung zu verändern (vgl. Barlösius 2007; Einführungstext in diesem Band).

rassistische und klassenhierarchische Ausschlüsse. Damit wird nicht nur unsichtbar, dass je nach sozialer Lage und rassistischen Ein- und Ausschlüssen Frauen* sehr unterschiedlich im Sinne einer exklusiven Emanzipation unterstützt oder ausgegrenzt werden. Unseres Erachtens kann ein Blick auf Frauen*armut, wenn er die Frage der Vergeschlechtlichung zum entscheidenden Ausgangspunkt erklärt, nicht erfassen, mit welcher Selbstverständlichkeit deutsche Familienpolitik seit zwei Jahrzehnten zunehmend als sozial differenzierendes national(ökonomisch)es und bevölkerungspolitisches Projekt formuliert wird. Unser besonderes Augenmerk gilt deswegen der Frage, wie für Frauen* (und Familien) unterschiedlicher sozialer Gruppen und für ihre Kinder in diesen Konzepten ein systematisch unterschiedlicher familienpolitischer Rahmen vorgesehen ist, eine Differenz, die sowohl in der allgemeinen Rede von der Familie als auch von unmarkierten Geschlechterverhältnissen dementiert und unsichtbar gemacht wird.

Humanvermögen: ein familienpolitischer Paradigmenwechsel

»Wir wissen, dem demografischen Wandel kann ich begegnen, indem ich nicht nur das N, also die Quantität verbessere, sondern auch die Qualität.«

Interview A

Kritiker*innen und Befürworter*innen sind sich einig: Seit Anfang der 2000er Jahre wurde ein Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik vollzogen, der seitdem als Bezugsrahmen auch für die nachfolgenden Bundesregierungen galt und gilt. Dieser Paradigmenwechsel besteht zum einen in einer Ökonomisierung der Familienpolitik oder – wie es im familienpolitischen Fachjargon heißt – im Vorrang der ›Leistungsgerechtigkeit‹ gegenüber der ›Bedarfsgerechtigkeit‹ (vgl. Ritzi/Kaufmann 2014; Menke/Klammer 2017). Familienpolitik wird nun im Sinne einer investiven Sozialpolitik als Instrument verstanden, mittels dessen gesellschaftliche Ressourcen möglichst effizient mobilisiert werden können, um ein höchstmögliches national-ökonomisches Output zu generieren (vgl. Lessenich 2008). Eine wichtige Zielsetzung ist dementsprechend die Inwertsetzung von Arbeitskräften, insbesondere durch die Förderung der Erwerbstätigkeit qualifizierter Frauen*, also ein Fokus auf Eltern als »Wirtschaftssubjekte« (Menke 2017). Zum

anderen, und dies wird in der kritischen Literatur weniger intensiv diskutiert, wurde Familienpolitik auch demografisiert: Ein zentrales Element des Paradigmenwechsels war eine nationale pronatalistische Offensive Anfang der 2000er Jahre. Sie wurde vorangebracht, nachdem seit Ende der 1990er Jahre die Rede von einer angeblich drohenden ›Überalterung‹ und ›Schrumpfung‹ der deutschen Bevölkerung zunehmend zur Begründung neoliberaler Sozialpolitik- und Rentenreformen herangezogen worden war (vgl. Butterwege/Kluntz 2003). In der ersten Hälfte der 2000er Jahre wurde der Paradigmenwechsel als ›nachhaltige‹ oder auch ›bevölkerungsorientierte‹ Familienpolitik formuliert – mit dem Ziel, die nationalen Geburtenraten zu steigern (vgl. Kahlert 2007). Die strategische Aufmerksamkeit galt dabei eindeutig den deutschen Akademikerinnen* und qualifizierten Frauen*.⁷ Für sie wurde ein Synergieeffekt – mit Verweis auf europäische Nachbarländer wie Frankreich und Schweden – konstatiert: Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördere gleichzeitig mehr Erwerbstätigkeit und eine höhere Geburtenrate (vgl. Bertram u.a. 2005; BMFSFJ 2006). Der Paradigmenwechsel bezog sich insofern nicht nur auf die Ökonomisierung von Eltern als Wirtschaftssubjekte, sondern auch auf den nationalökonomischen Wert der neu geborenen und in unterschiedlichen Familien unterschiedlich sozialisierten Menschen selbst, auch wenn dies oft eher ein Fluchtpunkt ist, der nicht immer direkt ausgesprochen wird.

Das Konzept des Humanvermögens als zentrales Konzept des Paradigmenwechsels wurde im Fünften Familienbericht 1994 eingeführt, im Siebten Familienbericht 2006 weiter ausgearbeitet und blieb auch danach Bezugsrahmen (vgl. Deutscher Bundestag 1994; BMFSFJ 2006, 2012: 5, 2021: 16). Es erweitert den stark auf Arbeitsvermögen ausgerichteten Begriff des Humankapitals um weitere Kompetenzen und erklärt die Familie zum zentralen Ort, an dem ›Humanvermögen‹ hervorgebracht wird. Damit zielt es darauf ab, unbezahlte Sorge- und Erziehungsarbeit in der Familie als ökonomisch wertvolle Ressource sichtbar zu machen – und die »strukturelle Rücksichtslosigkeit« der Gesellschaft gegenüber der Familie zu problematisieren (Deutscher Bundestag 1994: 21f). Mit dem Konzept wird aber nicht nur diese Arbeit als wert-

7 Dass sich die pronatalistische Politik auf Frauen* bezieht, ist unhinterfragt: Im Zentrum demografischer Agenden stehen Geburtenraten und fast nie die Zahl der Kinder pro Vater; die Perspektive auf ein statistisch erfasstes ›reproduktives Verhalten‹ (von Frauen*) entpolitisiert dabei Fragen sozialer Verhältnisse der Reproduktion (vgl. Dackweiler 2006).

voll adressiert, sondern angelegt ist darin auch, dass die in unterschiedlichen Familien geborenen und sozialisierten Menschen selbst aufgrund einer als verschieden bewerteten Ausstattung mit ›Humanvermögen‹ als unterschiedlich wertvolle Bevölkerungsgruppen gefasst werden.

Die inhaltlichen Ausformulierungen weisen deutlich darauf hin, dass das Konzept Humanvermögen als eine Klammer zwischen Ökonomisierung und Demografisierung zu interpretieren ist. Als ökonomisch relevant erklärten die Familienberichte das in den Familien hervorgebrachte ›Humanvermögen‹ als »Wohlstand der Nation« nicht nur in Bezug auf Fachkompetenzen und (Erwerbs-)Arbeitsvermögen. Vielmehr gehe es auch um »Daseinskompetenz« oder »Vitalvermögen« (Deutscher Bundestag 1994: 28; BMFSFJ 2006: 5). Dabei spielen insbesondere »die Fähigkeit zum Eingehen verlässlicher Bindungen und damit die Möglichkeit, Familie leben zu können, eine zentrale Rolle. Schließlich verknüpfen sich in der Familie die Lebenspotentiale aller Gesellschaftsmitglieder.« (Deutscher Bundestag 1994: 28; vgl. BMFSFJ 2006: 5) Familie soll also zudem gestärkt werden, um zukünftige Familiengründungen zu ermöglichen. Das Konzept strebt somit auch die langfristige Sicherung der nationalen Reproduktion an, indem die Fähigkeit, eine Familie zu gründen, als Aspekt des ›Humanvermögens‹ besonders betont wird, ebenso wie die Mobilisierung von Kompetenzen der unbezahlten Sorge und Solidarität. All dies wird untermauert von dem Anliegen, Staatsbürger*innen hervorzubringen, die »befähigt sind, sich in unserer komplexen Welt zu bewegen und sie zu akzeptieren« (Deutscher Bundestag 1994: 28). Sich sowohl qualifiziert arbeitend als auch familiengründend und sorgend ins Gemeinwesen einzubringen, scheint in der Beschreibung, welche Sozialisationsziele das ›Humanvermögen‹ umfasst, eindeutig Vorrang zu haben vor der Fähigkeit zu demokratischer Partizipation oder gar kritischer Reflexion und widerständiger Praxis. Das ›Humanvermögen‹ stellt also den normativen Rahmen einer gelungenen Sozialisation dar – und liefert auch indirekt die Kriterien, nach denen bestimmten, insbesondere einkommensschwachen und/oder zugewanderten Frauen* die erfolgreiche Produktion von ›Humanvermögen‹ als Sorgende und Erziehende abgesprochen werden kann.

Der renommierte Sozialstaatsexperte und Soziologe Franz-Xaver Kaufmann brachte das Konzept als stellvertretender Vorsitzender der Kommission des Fünften Familienberichts maßgeblich ein und diskutierte die bevölkerungspolitische Dimension des Konzepts Humanvermögen in seinen Werken zur »schrumpfenden Gesellschaft« und »demografischen Zeitbombe«, in denen er immer wieder einen langfristigen Rückgang und eine ›Unterjüngung‹

der Bevölkerung in Deutschland als Gefahr beschwor (Kaufmann 2005, 2015). Wenn er Humanvermögen als nationalökonomisches und bevölkerungspolitisches Konzept diskutierte, brachte er es einerseits unter der Prämisse ein, dass damit angesichts einer »schrumpfenden Bevölkerung« das damit sinkende »Humanvermögen« der Nation als knappes Gut ökonomisch sichtbar und auch berechenbar gemacht werden könne. Andererseits wollte er damit deutlich machen, dass eine sinkende Quantität der Bevölkerung durch eine Steigerung der »Qualität«, also eine Steigerung des »Humanvermögens«, teilweise kompensierbar sei (vgl. Kaufmann 2009: 108f).

Die sozial hierarchisierende Dimension des Konzepts kam bei Kaufmann besonders explizit zum Vorschein, wenn es um Einwanderung ging (vgl. Dackweiler 2006). Hier griff er auf rassistische Archive der Abwertung zurück, bewertete Zuwandernde danach, inwiefern ihre »kulturellen und sozialen Orientierungen hierzulande kompatibel« seien, und sagte »soziale Widerstände der einheimischen Bevölkerung« für Menschen aus »kulturell und ökonomisch sehr andersartigen Regionen« voraus (Kaufmann 2005: 84).⁸ Zudem erklärte er, die »Sozialisationsbedingungen [...] bei den Kindern der einheimischen Bevölkerung« seien »im Durchschnitt deutlich günstiger als zum mindesten bei der ersten Einwanderergeneration und ihren Kindern« (ebd.: 85). Zuwandernde verfügten nämlich »über einen auf die Bedürfnisse des Aufnahmelandes weniger abgestimmten Sozialisationshintergrund« (ebd.: 178). Ebenso unterstellte er, dass Zuwandernde »weniger als die einheimische Bevölkerung auf [...] Prozesse des lebenslangen Lernens« vorbereitet sein dürften (ebd.). Seine Schlussfolgerungen in Bezug auf Einwanderung als möglicher kompensierender demografischer Faktor waren meist eindeutig und schlossen an konservative bis völkisch-nationale Thesen aus der deutschen Bevölkerungswissenschaft an (vgl. ebd.: 84; Text »Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?« in diesem Band). Zuwanderung sei keine Lösung für die zukünftige demografische Krise, nicht nur weil die Quantität nicht ausreiche, um die »Bevölkerungsschrumpfung« langfristig zu kompensieren, sondern auch weil das eingebrachte »Humanvermögen« qualitativ mangelhaft sei. In Kaufmanns Worten: »Man muss deshalb den Beitrag, den die Zuwanderung zur Minderung der skizzierten Investitionslücke in Humankapital

8 2015 sagte Kaufmann eine »Niedergangszeit« ähnlich des Römischen Reiches voraus, »derzufolge fremdkulturelle Bevölkerungen langsam einsickern oder auch – wie seinerzeit in der Völkerwanderung – gewaltsam eindringen« (Kaufmann 2015: 97).

bisher geleistet hat, als deutlich unterproportional zur Zahl der Zuwanderer einschätzen.« (Kaufmann 2005: 87; vgl. Kaufmann 2009: 110).

Was die klassenselektive Anlage des Konzeptes in Bezug auf die in Deutschland lebende Bevölkerung anging, schlug Kaufmann dagegen eher eine als kompensatorisch gedachte Politik vor – und so liest es sich auch in den Familienberichten. Eine Politik, die die »schrumpfende« Bevölkerung durch eine steigende Qualität des »Humanvermögens« kompensieren wolle, müsse in alle Kinder oder sogar in diejenigen Kinder am meisten investieren, deren Familien nicht ausreichend »Humanvermögen« hervorbrächten (z.B. Kaufmann 2009: 112). Es sei notwendig, in alle Kinder der nationalen Gemeinschaft zu investieren, um das nationale »Humanvermögen« auch in Zeiten niedriger Geburtenraten voranzubringen. Denn dass die »Gewährleistung von Inklusion im Sinne der möglichen Förderung der Lebens- und Entwicklungschancen aller Angehörigen eines Gemeinwesens nicht nur normativ erwünscht, sondern auch praktisch kollektiv vorteilhaft ist, wird durch die Kategorie des »Humanvermögens« thematisiert« (Kaufmann 2009: 112). Das Konzept des Humanvermögens bleibt also generell auch mobilisierbar für eine Politik der Ausweitung von Bildungschancen innerhalb der nationalen Gemeinschaft – und im nationalen Rahmen anschlussfähig sowohl für ein- als auch ausschließende bildungspolitische Ansätze. Auf jeden Fall aber ist der Ausgangspunkt, dass das in der Familie produzierte »Humanvermögen« je nach »Sozialisationshintergrund« als unterschiedlich wertvoll bewertet wird.⁹ Die Engführung auf die Familie, die als unhinterfragter und privilegierter Ort für die Produktion von »Humanvermögen« gilt, impliziert mehreres: Zum einen wird damit institutionalisierte Kinderbetreuung bei denjenigen, denen die Produktion von viel »Humanvermögen« zugeschrieben wird, eher als flexible und optionale Ergänzung dargestellt, um Vereinbarkeit und Frauen*erwerbsarbeit zu ermöglichen. Für diejenigen Familien, denen entlang

9 Expliziert wurde die differenzierende Bewertung des »Humanvermögens« in Regierungsdokumenten nicht, wahrscheinlich um die offensichtliche Nähe zu sozialdarwinistischen Konzepten zu vermeiden. Meist blieb es bei Gesamtberechnungen (vgl. Deutscher Bundestag 1994: 26). Die differenzierende Bewertung von Kindern je nach der Familie, in der sie geboren und sozialisiert wurden, tauchte jedoch in einigen Aussagen zu Beginn der »nachhaltigen Familienpolitik« ganz explizit auf. Die spätere SPD-Familienministerin Renate Schmidt, die als Wegbereiterin des familienpolitischen Paradigmenwechsels gilt, erklärte bereits 2001, dass »Kinderreichtum bei den Benachteiligten und Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung [...] gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung« habe (Schmidt 2001: 126).

rassistischer und klassenhierarchischer Zuschreibungen diagnostiziert wird, ungenügend ›Humanvermögen‹ hervorzubringen, wird (insbesondere frühkindliche) Kinderbetreuung demgegenüber zum Pflichtprogramm erklärt. Selbstverständlich schließt hier eine wichtige Diskussion um Bildungsgerechtigkeit und öffentliche Kinderbetreuung als Sozialisationsinstanz an, die wir in diesem Rahmen nicht ausführen können. Festgestellt sei lediglich, dass mit dem Konzept des Humanvermögens implizit eine spezifische familiäre Sozialisation ökonomisch aufgewertet wird – und damit im Rahmen der bevölkerungspolitischen und nationalökonomischen Anlage des Konzeptes auch die Geburt von Kindern abgewertet wird, deren Eltern bzw. Müttern als Hauptertragerinnen unterstellt wird, diesen Sozialisationsanforderungen nicht gerecht zu werden. Für einkommensschwache und/oder zugewanderte Frauen* und Familien sind diese Implikationen bedrohlich: Schließlich wird letztendlich ihre Existenz inklusive die ihrer Kinder selbst infrage gestellt und gilt für sie, dass nicht die Armut, sondern die Armen zum Problem und zum politischen Ansatzpunkt erklärt werden.

Die klassenselektive Dimension von Zeitpolitik

»Die Verfügung von Zeit erhöht [...] die Chancen, dass sich nicht nur die Zahl der Kinder erhöht, sondern auch die ›Qualität‹ der Kinder mit Blick auf deren kognitive und motivationale Ausstattung«

BMFSFJ 2012: 10f

Während das ›Humanvermögen‹ ein zentrales Konzept für den Fünften und Siebten Familienbericht war und den Paradigmenwechsel begründete, lässt sich mit und seit dem Siebten Bericht auch ein Übergang zu anderen Agendaschwerpunkten beobachten, die sich zunehmend auf das *Wie* einer ›nachhaltigen Familienpolitik‹ bezogen. Das Konzept des Humanvermögens blieb aber als begründende Basis für das *Warum* des Paradigmenwechsels erhalten. Für eine Analyse des Konzeptes Zeitpolitik ziehen wir den Siebten und Achten Familienbericht sowie Expertisen von Hans Bertram heran, der Vorsitzender der Kommission des Siebten Familienberichts war und das für den Paradigmenwechsel zentrale Gutachten für das BMFSFJ, »Nachhaltige Fami-

lienpolitik«, mitverfasste (Bertram u.a. 2005; vgl. BMFSFJ 2006, 2012). Insbesondere in der demografischen familienpolitischen Regierungsberatung blieb ›Zeitpolitik‹ seitdem ein maßgebliches Konzept (vgl. BMFSFJ 2013, 2017: 8f).

Zunächst basierte die nachhaltige Familienpolitik noch auf der Idee eines »Dreiklangs« aus Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik (vgl. Bertram u.a. 2005: 6f; BMFSFJ 2006: 3). Diese Trias sollte in ihrer Gesamtheit zu einer Erhöhung der nationalen Geburtenrate bzw. vor allem der Geburtenrate von hochqualifizierten Frauen* führen – primär durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei gleichzeitig höherer Erwerbstätigkeit von Müttern und einem früheren Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nach der Geburt eines Kindes. Diese sich als ganzheitlich präsentierende Ausrichtung, welche keine der drei Elemente der Trias explizit bevorzugte, wurde spätestens seit dem Achten Familienbericht von 2012 aufgegeben. Die politische Aufmerksamkeit konzentrierte sich nun auf ›Zeitpolitik‹ – wohl auch vor dem Hintergrund, dass die Einführung des Elterngeldes und der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze mit hohen Kosten verbunden waren und nun eine eher »kostenneutrale« Familienzeitpolitik anvisiert wurde (vgl. Günter 2012).

Im Achten Familienbericht blieb das Ziel der nationalen Fertilitätsförderung weiterhin sehr deutlich erhalten:

»Die Basishypothese ist, dass es sowohl in der für die Familienbildung zentralen Phase des Lebens wie auch beim Eintritt von Pflegebedürftigkeit [...] zu einer Zeitbudgetkonkurrenz zwischen Arbeitszeit und Familienzeit kommen kann und dass diese Zeitbudgetkonkurrenz zu einer Unterinvestition in Familienzeit führen kann. Dies kann dann zu einer geringeren als der erwünschten Geburtenrate, einer geringeren Qualität elterlicher Fürsorge, unzureichenden Bildungsinvestitionen oder einer volkswirtschaftlichen Verteuerung der Pflege führen.« (BMFSFJ 2012: 7)

Das Ziel einer Erhöhung der Geburtenrate wurde allerdings, so zeigt sich hier und seitdem auch in anderen Regierungsdokumenten, umformuliert zu einer familienpolitischen Unterstützung für die »Realisierung von Kinderwünschen« (ebd.: 49). Im Unterschied zur offensiven bevölkerungspolitischen Ausrichtung der ersten Jahre tendierten in den Folgejahren wichtige familienpolitische Berater*innen eher dazu, die pronatalistische Programmatik herunterzuspielen; sie werde nur aufgerufen, um öffentliche und mediale Unterstützung für den Paradigmenwechsel zu erhalten (Interviews B und C). Auch blieb die Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern ein zentrales Ziel. Un-

ter der Annahme, dass zeitbezogene Komponenten die Entscheidung für oder gegen ein Kind beeinflussen, sollte durch überwiegend kostenneutrale Maßnahmen versucht werden, Paaren und Familien mehr »Flexibilität und Wahlfreiheit« in ihrer Lebensgestaltung zu bieten und durch eine Effizienzsteigerung in der Alltagsorganisation »Zeit für Familie« zu schaffen (BMFSFJ 2012).

Die zeitpolitische Fokussierung der Familienpolitik ist als Governance-Konzept zu verstehen, das vielfältige Akteur*innen zur Verantwortung zieht. Der Achte Familienbericht benennt vier Handlungsfelder, die zu mehr »Zeit für Verantwortung für Familie« führen sollen (ebd.: 10f). Die (1) Erhöhung der »Zeitsouveränität«, also die Wahlfreiheit in der Zeitgestaltung, und die (2) bessere »Synchronisation« der zur Verfügung stehenden Zeit stellen Strategien dar, welche in erster Linie auf eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags abzielen. Durch eine verstärkte Arbeitszeitflexibilisierung (hier werden Betriebe dazu angehalten, Angebote zu schaffen) und durch den Ausbau flexibler Betreuungsmöglichkeiten auch zu Randzeiten soll der Alltag effizienter gestaltet werden – mit dem Effekt, dass weniger eine Entlastung als eine Verdichtung und Intensivierung des von Feminist*innen als Doppelbelastung problematisierten Arbeitsalltages angestrebt wird. Entlang der »Lebenslaufperspektive« wurden zudem weitere Flexibilisierungen von Arbeitszeit, etwa in Form von Arbeitszeitkonten, vorgeschlagen, die letztendlich aber nur innerhalb sozial abgesicherter und langfristiger Arbeitsverhältnisse in größeren Unternehmen umsetzbar sind und somit nur privilegierten Arbeitnehmer*innen zugutekommen.¹⁰ Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie z.B. durch das ElterngeldPlus als familienpolitische Zeitleistung seit 2015 etabliert wurde, ist nicht in allen Arbeitsverhältnissen realisierbar.¹¹ So besteht ein gesetzlicher Anspruch auf eine Reduzierung der Arbeitszeit erst in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten und bei einer bisherigen Beschäftigungsdauer von mindestens sechs Monaten (vgl. BMFSFJ 2016: 167). Frauen*, die vor der Geburt ihres Kindes bereits in schlecht bezahlter Teilzeit gearbeitet haben, müssten diese Arbeitszeit nochmals kürzen, um Anspruch auf ElterngeldPlus zu haben;

10 Damit wird betont, dass die Frage der Vereinbarkeit über den gesamten Lebensverlauf von Menschen betrachtet werden müsse. Familienzeitpolitik zielt also auf unterschiedliche Zeitressourcen in verschiedenen Lebensphasen ab – mit einem besonderen Fokus auf die Phase der »Rushhour« des Lebens (vgl. Bertram/Deuflhard 2014).

11 Das ElterngeldPlus soll dem betreuenden Elternteil ermöglichen, neben dem Bezug von Elterngeld in Teilzeit (bis zu 30 Stunden) zu arbeiten. Dabei wird monatlich nur der halbe Elterngeldsatz ausgezahlt, für 24 statt 12 Monate, wie es beim Elterngeld üblich ist.

ein existenzsicherndes Einkommen stellt die Kombination aus ElterngeldPlus und gleichzeitiger geringfügiger Arbeit deshalb für viele nicht dar (vgl. Menke/Klammer 2017: 222).

Die Kommunen wurden im Rahmen der ›Zeitpolitik‹ dazu aufgerufen, durch längere Öffnungszeiten von Geschäften und Behörden und die Verkürzung von Wegen durch eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes ein breiteres Angebot zu schaffen und Zeit zu sparen. Bei all der Flexibilisierung und Zeiteinsparung wurden jedoch die Perspektiven derjenigen Arbeitnehmer*innen (Erzieher*innen, Verkäufer*innen usw.) ausgeblendet, für die mit solchen Maßnahmen eine Entgrenzung der Arbeitszeit und möglicherweise ein Verlust von ›Zeitsouveränität‹ einhergeht.

Das Ziel der Nutzung zeitlicher Effizienzreserven wurde im Rahmen der ›Zeitpolitik‹ auch an die Individuen selbst adressiert. (3) »Zeitkompetenz« wird hier als individuelle Kompetenz gewertet, die Kinder bereits früh sowohl durch elterliche Erziehung als auch im Rahmen der Bildung erlangen sollen (BMFSFJ 2012: 13). Mit der Dimension der (4) Umverteilung von Zeit wurde außerdem angestrebt, die Zeitressourcen verschiedener sozialer Gruppen kompensierend zum Einsatz zu bringen. Basierend auf der Annahme, dass verschiedene soziale Gruppen entlang von Alter oder Geschlecht in bestimmten Lebensphasen über mehr bzw. weniger ›Zeitressourcen‹ verfügen, wurden Großfamilien, aber auch soziale Netzwerke dazu aufgerufen, disponible Zeit untereinander umzuverteilen. Großeltern oder ehrenamtlich Tätige (z.B. ›Leih-Omas‹ und ›Leih-Opas‹) sollten etwa für die Kinderbetreuung in Anspruch genommen werden, um die Flexibilität der Eltern zu stützen. Die Lebensrealitäten derer, die über kein großes soziales Umfeld verfügen – sei es, weil sie neu in Deutschland angekommen sind oder ihnen der Familiennachzug verwehrt wird, sei es im Kontext von Armut oder Alleinerziehen –, wurden an dieser Stelle ausgeblendet (vgl. Bouali/Wieners 1997; Böhnke 2008).

Als Maßnahme zur ›Zeit(um)verteilung‹ betonten der Achte Familienbericht und bis heute eine Reihe familienpolitischer Dokumente besonders die sogenannten »familienunterstützenden Dienstleistungen«, also den Rückgriff auf privat bezahlte Haushaltshilfen (BMFSFJ 2012: 82; vgl. BMFSFJ 2013).¹² Wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur inzwischen umfangreich erforscht, geschieht hier eine Umverteilung von Sorgearbeit auf

12 Diese Entwicklung setzt sich im Koalitionsvertrag der Ampelregierung fort, mit dem Plan »haushaltsnahe Dienstleistungen« u.a. durch »steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse« zu etablieren (SPD u.a. 2021: 70).

weniger privilegierte und rassifizierte Frauen*, meist unter prekären Arbeitsbedingungen, um die flexibilisierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf von privilegierten Besserverdienenden sicherzustellen (vgl. Gutiérrez-Rodríguez 2010). Die familiäre ›Zeitpolitik‹ von Hausangestellten, die unter Umständen genauso um Vereinbarkeit mit der Sorge für eigene Freund*innen, Kinder oder ihnen nahestehende alte Menschen kämpfen müssen, wurde in der Familienpolitik ausgeblendet bzw. wurden Sorgeketten – also das Zurücklassen von Kindern oder älteren Angehörigen im Migrationsprozess – als selbstverständlich vorausgesetzt. Stattdessen werden klassenhierarchische und rassistische Arbeitsteilungen im Rahmen der Kommodifizierung von Hausarbeit reproduziert.

Familienpolitik als geburtenfördernde ›Zeitpolitik‹, wie sie im Rahmen der letzten Bundesregierungen nach und nach etabliert wurde, muss also in mehreren Hinsichten kritisiert werden: Ihre Maßnahmen richten sich primär an die Problemlagen von Paaren und Familien mit gesichertem Einkommen und unbefristeten Arbeits- und Aufenthaltsverhältnissen, deren familiäre Flexibilität nicht auf finanzielle Transfers und Unterstützung angewiesen ist, um zeitliche Spielräume zu gewinnen. Alleinerziehende, Eltern mit keinem oder nur prekärem Aufenthaltsstatus und ohne Arbeitserlaubnis, in befristeten Arbeitsverhältnissen oder im Niedriglohnsektor Beschäftigte sowie Eltern, die auf kein ausgeprägtes soziales oder großfamiliäres Netzwerk zurückgreifen können, werden massiv benachteiligt. Zudem geht die bessere Koordination von Zeit mit einer Entgrenzung der Arbeitszeit derer einher, die für die Vereinbarkeit in Familien sorgen (Hausangestellte, Erzieher*innen, Angestellte in Geschäften oder Behörden). Die Probleme ihrer ›Vereinbarkeit‹ werden von dieser Familienzeitpolitik ausgeblendet.

Diskussion aus einer Perspektive der reproduktiven Gerechtigkeit

Die Analyse zentraler Konzepte in der deutschen Familienpolitik macht deutlich, dass wir es bei dem sukzessiven Paradigmenwechsel seit den 1990er Jahren nicht nur mit einer Ökonomisierung von Familienpolitik zu tun haben, die Eltern als ›Wirtschaftssubjekte‹ je nach eingebrachten ›Ressourcen‹ unterschiedlich behandelt. Vielmehr wurde mit dem bevölkerungspolitisch begründeten Konzept des Humanvermögens und der ›fertilitätsbezogenen‹ Zeitpolitik auch ein selektiv pronatalistisches nationales Projekt vorangebracht, welches soziale Ungleichheits- und Armutsverhältnisse verschärft und

vor allem rassifizierte und prekarisierte Frauen* benachteiligt. Wir können insofern eine mit der Ökonomisierung eng verzahnte Demografisierung beobachten. Dies impliziert, dass nicht alle Geburten oder die Verwirklichung aller Kinderwünsche gleichbehandelt werden und Kinder von rassistisch ausgegrenzten, eingewanderten und einkommensschwachen Frauen* bzw. Familien aus diesem Projekt systematisch ausgeschlossen und abgewertet werden. Insofern ist Familienpolitik aus einer Perspektive sozialer Ungleichheit auch eine Frage der reproduktiven Gerechtigkeit. Im transnationalen Kontext protestieren insbesondere Schwarze, indigene, antirassistische und linke Frauen*bewegungen seit vielen Jahrzehnten gegen diejenigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die dazu führen, dass die Handlungsspielräume, sich für oder gegen Kinder entscheiden zu können, entlang rassistischer, klassenbezogener und heteronormativer Hierarchisierungen unterschiedlich erweitert oder begrenzt und zudem im Rahmen nationaler und globaler bevölkerungspolitischer Programme entlang dieser Linien entweder eher in eine pro- oder antinatalistische Richtung ausgestaltet werden (vgl. Wilson 2017; Ross 2021). In einem erweiterten Sinn kann mit dem Konzept der reproduktiven Gerechtigkeit auch problematisiert werden, dass Kinder aus diskriminierten Familien in ihren Kompetenzen von vornherein abgewertet werden und dass die Verantwortung für Armut und Ausgrenzung diesen Frauen* und Familien im Rahmen eines Generalverdachts selbst aufgebürdet wird – aufgrund einer ihnen zugeschriebenen ›ungünstigen Sozialisation‹ oder, wie wir hier gezeigt haben, eines als weniger wertvoll erachteten ›Humanvermögens‹ (vgl. Gumbs u.a. 2016).

Obwohl die familienpolitische Agenda seit dem Paradigmenwechsel weitgehend stabil blieb, ist die Diskussion um deren selektiv pronatalistische Ausrichtung in den letzten Jahren auch in queerfeministischen und linken Diskussionen in Deutschland weitgehend verstummt, nachdem es anfangs einige kritische Analysen in diese Richtung gab (vgl. Kahlert 2007; Henninger u.a. 2008).¹³ Dafür gibt es sicherlich viele Gründe: Einer davon ist, dass die hier analysierten klassenselektiven und rassistischen Fluchtpunkte der Konzepte meist nicht explizit ausformuliert wurden, sondern eher durch eine scheinbar allgemeine Perspektive auf Familien oder auch Mütter und Väter entnannt

13 Inzwischen entwickeln sich im Rahmen feministischer intersektionaler Debatten um reproduktive Gerechtigkeit erste politische Ansätze, dieser Kritik wieder Gehör zu verschaffen, so zum Beispiel im Netzwerk reproduktive Gerechtigkeit Berlin (siehe repro-gerechtigkeit.de; vgl. Kitchen Politics 2021).

wurden. Zudem dementierte die regierungsnahe Expertise diese selektiv pronatalistische Ausrichtung umso mehr, je mehr sie etabliert war – bzw. die neue deutsche Bevölkerungspolitik bekam als Politik einer ›Verwirklichung von Kinderwünschen‹ (einiger bestimmter Gruppen) ein freundlicheres Gesicht.

Eine unmarkierte Rede von Familienpolitik als vorrangig geschlechterpolitische Frage hat insofern zu diesem Schweigen beigetragen. Damit korrespondiert eine Interessengemengelage, innerhalb derer Besserverdienende direkt von der neuen Familienpolitik mit dem Elterngeld profitieren. Zudem hat die neue Familienpolitik auch durchaus zu begrüßende stärker inklusive Dimensionen – insbesondere was den (weiter nicht ausreichenden) Ausbau frühkindlicher und Ganztagsbetreuung angeht. Die hier auf ihre selektiven bevölkerungspolitischen Dimensionen untersuchten Konzepte sind möglicherweise auch deswegen nicht ins Zentrum der Kritik geraten, weil sie zumindest auf den ersten Blick als anschlussfähig für eine feministische Perspektive auf Reproduktionsverhältnisse und die Debatte um eine Krise der sozialen Reproduktion erscheinen und insofern als ambivalent wahrgenommen werden können. Schließlich gehen mit dem Konzept des Humanvermögens die Kritik der ›strukturellen Rücksichtslosigkeit‹ und die Aufwertung unbezahlter Erziehungs- und Sorgearbeit einher. Zum anderen erscheint das Konzept auch für diejenigen Strategien feministischer Ökonomiekritik anschlussfähig, die unbezahlte Sorgearbeit sichtbar machen, indem sie makroökonomisch berechnet und insofern ›internalisiert‹ wird (z.B. Folbre 2006). Um sich kritisch von den genannten problematischen Implikationen abzugrenzen, müssen solche Strategien deutlich machen, inwiefern sie sich von in dieser Logik möglicherweise angelegten Fluchtlinien der Ökonomisierung und Demografisierung abgrenzen. Zudem erweist es sich für eine feministische Abgrenzung vom Konzept Humanvermögen als wichtig, die Frage kritisch zu diskutieren, welche Sozialisationsfunktionen der Familie hier zugeschrieben werden und welche Perspektiven aus einer emanzipatorischen Perspektive auf Sozialisation – auch und gerade jenseits familialistischer Einheiten – stattdessen sinnvoll sein könnten (vgl. Dück/Hajek 2018).

Auch die Frage der ›Zeitpolitik‹ ist auf den ersten Blick ein genuin feministischer Topos, und es bedarf im Hinblick auf die regierungspolitische Interpretation einer differenzierten Diskussion. Aus einer feministischen Perspektive heraus hat der Fokus auf ›Zeitpolitik‹ als eine Utopie einer allgemein anderen Zeitverteilung zur Auflösung hierarchischer Verhältnisse emanzipatorisches Potenzial. So schlug Frigga Haug in ihrer »Vier-in-einem-Perspektive«

eine Gesellschaftsorganisation vor, in der die Erwerbsarbeit, die Reproduktionsarbeit, Zeit für Kultur und Zeit für politische Teilhabe für alle Menschen gleiche Tätigkeitsbereiche darstellen, wodurch klassen- und geschlechterspezifische Ungleichheiten aufgehoben werden könnten (vgl. Haug 2011). In der Art und Weise aber, wie Zeitpolitik in der aktuellen Familienpolitik als zentral auf die Familie zugeschnittenes Projekt ohne Umverteilung verhandelt wird, ist das Gegenteil der Fall.

Das bevölkerungspolitische Projekt einer Steigerung der deutschen Geburtenrate wird derzeit von erstarkenden rechten Bewegungen und auch der Partei Alternative für Deutschland (AfD) aufgegriffen, eine ›aktive Bevölkerungspolitik‹ explizit eingefordert und in die völkische Agenda gegen ›Masseneinwanderung‹ integriert (vgl. AfD 2016). Umso mehr gilt es, sich mit der – wenn auch manchmal verhalten formulierten – demografischen Agenda in der deutschen Familienpolitik, auch als Vorgeschichte dieses bevölkerungspolitischen Revivals, kritisch auseinanderzusetzen.

Interviews

Interview A: Interview Am 3.9.2015 mit einem Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts in Berlin.

Interview B: Interview Am 27.1.2017 mit einem Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts in Berlin.

Interview C: Interview Am 9.7.2015 mit einflussreicher Expert*in in der demografischen Politikberatung in Rostock.

Literatur

AfD (Alternative für Deutschland) 2016: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland 30.4./1.05.2016, Stuttgart: AfD.

Barlösius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9–32.

- Bertram, Hans/Wiebke Rösler/Nancy Ehlert 2005: Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- Bertram, Hans/Carolin Deuffhard 2014: Familienzeitpolitik: Zeit für Fürsorge, <https://www.bpb.de/> (Zugriff: 10.3.2022).
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) 2006: Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ (Hg.) 2012: Achter Familienbericht: Zeit für Familie – Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2013: Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung – Ergebnisse der Arbeitsgruppe »Familie als Gemeinschaft stärken«, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2016: Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2017: Jedes Alter zählt. Die Demografiestrategie der Bundesregierung. Arbeitsgruppenergebnisse zum Demografiegipfel am 16. März 2017, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2020: Elterngeld, ElterngeldPlus und Elternzeit: Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ 2021: Sicherheit und Chancen für Familien. Wie weiter mit der Familienpolitik in und nach der Pandemie?, Berlin: BMFSFJ.
- Böhnke, Petra 2008: Are the Poor Socially Integrated? The Link Between Poverty and Social Support in Different Welfare Regimes, in: Journal of European Social Policy 18 (2): 133-150.
- Bouali, Kerima/Karin Wieners 1997: »Krankheit kann ich mir nicht leisten.« Zur gesundheitlichen Situation alleinerziehender Frauen in Einkommensarmut, Magisterarbeit Public Health, Institut für Gesundheitswissenschaften Berlin.
- Butterwegge, Christoph/Michael Klundt 2003: Die Demografie als Ideologie und Mittel sozialpolitischer Demagogie?, in: dies. (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Auflage, Opladen: Leske & Budrich, 59-80.
- Cooper, Melinda 2017: Family Values: Between Neoliberalism and the New Social Conservatism. Near Futures, New York: Zone Books.
- Dackweiler, Regina-Maria 2006: Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime, in: Peter Berger/Heike Kahlert (Hg.): Der demographische Wandel, Frankfurt/M.: Campus, 81-107.

- Deutscher Bundestag (Hg.) 1994: Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, BT-Drucksache 12/7560, Bonn.
- Dück, Julia/Katharina Hajek 2018: »Intime Verhältnisse«. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion, in: Alexandra Scheele/Stefanie Wöhl (Hg.): Feminismus und Marxismus, Weinheim: Beltz Juventa, 218-231.
- Farahat, Anuscheh, Stefanie Janczyk/Annett Mängel/Barbara Schöning 2006: Exklusive Emanzipation. Zur Frauen- und Familienpolitik der großen Koalition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 51 (8): 985-994.
- Folbre, Nancy 2006: Measuring Care: Gender, Empowerment, and the Care Economy, in: Journal of Human Development 7 (2): 183-199.
- Gerlach, Irene 2014: Familienberichte. Agendasetting in der Familienpolitik, <https://www.bpb.de/> (Zugriff 10.3.2022).
- Ginsburg, Fayne D./Rayna Rapp 1995: Introduction, in: dies. (Hg.): *Conceiving the New World Order: the Global Politics of Reproduction*, Berkeley: University of California Press, 1-18.
- Gumbs, Alexis P./China Martens/Mai'a Williams (Hg.) 2016: *Revolutionary Mothering. Love on the Front Lines*, Oakland: PM Press.
- Günter, Markus 2012: Zeit für Familie, <https://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2012/artikel/zeit-fuer-familie> (Zugriff 10.3.2022).
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2010: *Migration, Domestic Work and Affect. A Decolonial Approach on Value and the Feminization of Labor*, New York: Routledge.
- Haug, Frigga 2011: Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik, in: *Das Argument* 2011 (291): 241-250.
- Heinemann, Torsten/Thomas Lemke 2013: Suspect families: DNA Kinship Testing in German Immigration Policy, in: *Sociology* 47(4): 810-827.
- Henninger, Annette/Christine Wimbauer/Rosine Dombrowski 2008: Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 15(3): 287-314.
- Kahlert, Heike 2007: Demographische Frage, »Qualität« der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet, in: *Prokla* 37(1): 61-76.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2005: *Die schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt/M: Suhrkamp.

- Kaufmann, Franz-Xaver 2009: Humanvermögen: Eine neue Kategorie der Sozialstaatstheorie, in: Herbert Obinger/Elmar Rieger (Hg.): Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien: Herausforderungen, Reformen und Perspektiven, Frankfurt/M: Campus 95-118.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2015: Gesellschaftliche Folgen des Bevölkerungsrückgangs, in: ders./Walter Krämer (Hg.): Die demografische Zeitbombe, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 81-99.
- Kitchen Politics (Hg.) 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit, Münster: assemblage.
- Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld: transcript.
- Menke, Katrin 2017: Eltern als »Wirtschaftssubjekte«? Die selektiven Folgen einer ökonomisierten Familienpolitik auf die Wahlfreiheit von Müttern und Vätern, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 4, 42-57.
- Menke, Katrin/Ute Klammer 2017: Mehr Geschlechtergerechtigkeit – weniger soziale Gerechtigkeit. Familienpolitische Reformprozesse in Deutschland aus intersektionaler Perspektive, in: Sozialer Fortschritt 66(3-4): 213-228.
- Nowak, Jörg 2009: Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pro Asyl 2021: Daten, Fakten und Hintergründe zum Familiennachzug, 13.8.2021, <https://www.proasyl.de/> (Zugriff 11.3.2022).
- Raab, Heike 2005: Aspekte queerer Staatskritik. Heteronormativität, institutionalisierte Identitätspolitik und Staat, in: *femina politica* 14(1): 59-69.
- Ritzi, Claudia/Vanessa Kaufmann 2014: Vom »menschlichen Grundbedürfnis« zum »Humanvermögen«. Ökonomisierungsprozesse in der deutschen Familienpolitik, in: Gary S. Schaal/Matthias Lemke/Claudia Ritzi (Hg.): Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 97-129.
- Ross, Loretta J. 2021: Reproductive Justice. Ein Rahmen für eine intersektionale und antiessentialistische Politik, in: Kitchen Politics (Hg.): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für Reproduktive Gerechtigkeit, Münster: edition assemblage, 17-60.
- Schmidt, Renate 2001: Familienpolitik für das 21. Jahrhundert, in: Christian Leipert (Hg.): Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft, Opladen: Leske & Budrich, 119-127.

- Schultz, Susanne 2009: DNA-Tests in der Migrationskontrolle. Massive Diskriminierung und zweierlei Maß im Gendiagnostik Gesetzentwurf, *Zeitschrift für Rechtspolitik* 42(4): 115-118.
- Schultz, Susanne/Anthea Kyere 2020: Humanvermögen und Zeitpolitik als familienpolitische Konzepte in Deutschland. Eine Kritik aus der Perspektive der *reproductive justice*, in: Regina-Maria Dackweiler/Alexandra Rau/Reinhild Schäfer (Hg.): *Frauen und Armut. Feministische Perspektiven*, Opladen: Barbara Budrich, 201-215.
- Schutter, Sabina/Claudia Zerle-Elsässer 2012: Das Elterngeld: Wahlfreiheit und Existenzsicherung für (alle) Eltern?, in: *WSI Mitteilungen* 3/2012: 216-225.
- SPD/Grüne/FDP 2021: *Mehr Fortschritt wagen, Koalitionsvertrag*, Berlin.
- Statistisches Bundesamt 2015: *Wie die Zeit vergeht: Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013*, Wiesbaden: destatis.
- Statistisches Bundesamt 2021: *Zwei Monate Elterngeld: Drei von vier Vätern planten 2020 mit der Mindestdauer*, Pressemitteilung vom 11.5.2021, Wiesbaden: destatis.
- Wilson, Kalpana 2017: Re-Centring »Race« in Development: Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs, in: *Globalizations* 14(3): 432-449.
- WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut) 2017: *Gründe für Teilzeittätigkeit nach Elternschaft 2015*, <https://www.boeckler.de/51973.htm> (Zugriff: 10.3.2022).

